



Bereich 3 – Öffentliche Sicherheit und Ordnung
Abt. 3.06 Straßenverkehrsbehörde

Neuerteilung nach Entzug

Ein Amtsgericht oder eine Führerscheinstelle hat Ihnen durch Urteil/Strafbefehl/Verfügung die Fahrerlaubnis entzogen.

Zur Vermeidung längerer Wartezeiten bis zu der Erteilung der neuen Fahrerlaubnis möchten wir Sie schon jetzt über das Verfahren der Erteilung einer neuen Fahrerlaubnis nach Ablauf der Sperrfrist unterrichten.

Eine neue Fahrerlaubnis darf erst erteilt werden, wenn Sie einen entsprechenden Antrag nach § 21 der Fahrerlaubnisverordnung (FeV) gestellt haben und sich keine Bedenken gegen Ihre Eignung ergeben. Die Erlaubnisbehörde ist nach Ablauf der Sperrfrist rechtlich verpflichtet, wie bei der erstmaligen Erteilung einer Fahrerlaubnis die körperliche und geistige Eignung zu prüfen (Beschluss des Bundesverwaltungsgerichts vom 18.11.1966 - Verkehrsrechtliche Mitteilung 1967 Nr. 43).

In bestimmten Fällen kann auch eine medizinisch-psychologische Begutachtung erforderlich werden. Nach § 11 Abs. 3 FeV kann die Fahrerlaubnisbehörde vor der Neuerteilung der Fahrerlaubnis die Vorlage eines Gutachtens einer amtlich anerkannten Begutachtungsstelle für Fahreignung anordnen, wenn die Fahrerlaubnis entzogen worden war, weil der Bewerber wiederholt gegen verkehrsrechtliche Vorschriften oder Strafgesetze verstoßen hatte oder wenn die Fahrerlaubnis bereits früher entzogen wurde. Eine solche Begutachtung ist erforderlich, wenn Sie mit einer Blutalkoholkonzentration von 1,6 ‰ oder mehr ein Kraftfahrzeug im öffentlichen Straßenverkehr geführt haben (§ 13 Nr. 2c FeV).

Nach wissenschaftlichen Untersuchungen liegt bereits in vielen Fällen ab einer Blutalkoholkonzentration von 1,6 ‰ eine behandlungsbedürftige Alkoholabhängigkeit vor. Bitte prüfen Sie selbst, ob es in Ihrem Fall nicht ratsam erscheint, bereits jetzt therapeutische Hilfe, beispielsweise durch den Besuch von hierfür vorgesehenen Beratungsstellen, in Anspruch zu nehmen.

Musste Ihnen die Fahrerlaubnis wegen innerhalb der Probezeit begangener Verkehrszuwendungen entzogen werden, darf eine neue Fahrerlaubnis unbeschadet der übrigen Voraussetzungen nur erteilt werden, wenn Sie an einem Aufbauseminar teilgenommen haben.

Bei einem Entzug wegen Betäubungsmittelkonsum kann die Eignung zum Führen von Kraftfahrzeugen nur dann wieder als gegeben angesehen werden, wenn der Nachweis (durch Drogenscreenings) geführt wird, dass kein Konsum mehr besteht. Zudem sollte eine therapeutische Aufarbeitung der Betäubungsmittelproblematik bei einer Drogenberatungsstelle erfolgen.

Bei Abhängigkeit ist in der Regel eine erfolgreiche Entwöhnungsbehandlung zu fordern, die stationär oder im Rahmen anderer Einrichtungen für Suchtkranke erfolgen kann. Nach der Entgiftungs- und Entwöhnungszeit ist in der Regel eine einjährige Abstinenz durch ärztliche Untersuchungen nachzuweisen. Als Nachweise dienen hierzu forensisch gesicherte Drogenscreenings oder Haaranalysen.

Auch in den Fällen des Entzuges wegen einer Betäubungsmittelproblematik ist gem. § 14 Abs. 2 Nr. 1 FeV im Rahmen des Antragsverfahrens die Eignung des Betroffenen durch eine medizinisch-psychologische Untersuchung zu überprüfen.

Über die Kraftfahreignung darf die Erlaubnisbehörde aber erst nach Ablauf der Sperrfrist entscheiden. Damit das Verfahren möglichst bis zu diesem Zeitpunkt abgeschlossen werden kann, empfehlen wir Ihnen, Ihren Antrag auf Erteilung der neuen Fahrerlaubnis bis zu 3 Monate vor Ablauf der Sperrfrist persönlich bei der Straßenverkehrsbehörde der Stadtverwaltung Worms während der Dienststunden unter Mitführen folgender Unterlagen:

1. Personalausweis,
2. 1 biometrisches Lichtbild neuen Datums,
3. Nachweis über die Unterweisung in lebensrettenden Sofortmaßnahmen am Unfallort (bei Fahrerlaubnisklassen A, A1, B, BE, M, L, T),
4. Nachweis über Ausbildung in erster Hilfe (bei Fahrerlaubnisklassen C1, C1E, C, CE, D1, D, D1E, DE),
5. Sehtestbescheinigung (bei Fahrerlaubnisklassen A, A1, B, BE, M, L, T),
6. Nachweis der geistigen und körperlichen Eignung gem. § 11 Abs. 9 FeV in Verbindung mit Anlage 5 Nr. 1 zur FeV, auszustellen durch den Hausarzt, einen Betriebs- oder Arbeitsmediziner etc. (bei Fahrerlaubnisklassen C1, C1E, C, CE, D1, D, D1E, DE),
7. Nachweis der Erfüllung der gem. § 12 Abs. 6 FeV in Verbindung mit Anlage 6 Nr. 2.1 oder Nr. 2.2 an das Sehvermögen gestellten Anforderungen durch Vorlage einer fachärztlichen Bescheinigung, auszustellen durch einen Betriebs- oder Arbeitsmediziner mit entsprechender Qualifikation oder einen Augenarzt (bei Fahrerlaubnisklassen C1, C1E, C, CE, D1, D, D1E, DE),
8. eines Barbetrages in Höhe von 81,- € (zuzügl. € 13,- zur Beantragung eines behördlichen Führungszeugnisses) oder EC-Karte,

zu stellen.

Sollten sich noch Fragen bezüglich der Neuerteilung Ihrer Fahrerlaubnis ergeben, können Sie diese telefonisch an die Sachbearbeiter/-innen der Führerscheinstelle richten.